



Runder Tisch Kinderarmut



Martina Ammann-Hilberath
Vorsitzende der Ratsfraktion
DIE LINKE Duisburg

■ **DIE LINKE hat sich noch im Jahr 2018 mit einer wichtigen Forderung durchsetzen können. Auf unsere Initiative hin, hat sich Ende letzten Jahres zum ersten Mal der „Runde Tisch Kinderarmut“ getroffen.**

Alle Teilnehmenden haben in sehr konstruktiver Weise mitgearbeitet und es ist uns gelungen erste gute Vorschläge zur Bekämpfung der Kinderarmut in Duisburg zu sammeln. DIE LINKE wird sich auch im Rahmen des Runden Tisches weiterhin auf kommunaler Ebene dafür einsetzen, dass deutlich offengelegt wird, an welchen Stellen es besonders brennt und wo Maßnahmen zur Eindämmung der Kinderarmut besonders notwendig sind. Insbesondere auf der kommunalen Ebene besteht die Möglichkeit drängende Probleme aufzuzeigen. Die kommunalen Vertreter sind nämlich diejenigen Akteure, die am besten bewerten können, wo und wie Geld in die Hand genommen werden muss, um die Situation für die Kinder zu verbessern. Dies wird auch in Zukunft ein wichtiger Teil der Arbeit des Runden Tisches sein. Im Fall des Gute-KiTa-Pakets des Bundes müssen wir in Duisburg bewerten, wie die Gelder am besten eingesetzt werden, damit die Chancengleichheit für alle Kinder am ehesten erreicht werden kann.

Allerdings weist DIE LINKE auch im Rahmen des Runden Tisches immer

wieder darauf hin, dass unsere Mittel auf kommunaler Ebene begrenzt sind. Wir müssen in Duisburg immer wieder deutlich machen, dass eine nachhaltige Bekämpfung der Kinderarmut nur durch weitere Maßnahmen auf Bundesebene zu erzielen ist.

Dies wird auch an den aktuellen Zahlen zur Kinderarmut noch einmal deutlich: In Deutschland ist jedes fünfte Kind von Armut betroffen. Während die Kinderarmutsquote in vielen Städten Deutschlands nur geringfügig steigt oder sogar rückläufig ist, stieg diese in den letzten Jahren in Duisburg deutlich an. In 2017 lebten über 30 % der Kinder im Grundschulalter in Duisburg in Haushalten im SGB II-Bezug. In einigen Stadtteilen betraf dies sogar mehr als jedes zweite Kind.

Diese Zahlen zur Kinderarmut in Duisburg sind inakzeptabel und der Bund muss endlich handeln. Die Kommunen vor Ort – und insbesondere stark betroffene Kommunen wie Duisburg – müssen unmittelbar finanziell so ausgestattet werden, dass das Problem der Kinderarmut wirklich und nachhaltig angegangen werden kann. Es muss mehr in KiTas, Schulen und Bildung investiert werden, um echte Zukunftsperspektiven zu bilden. Momentan ist Armut eine Krankheit die vererbt wird. Um dies zu ändern muss es einen grundlegenden Wandel in der Politik geben, weg von einer rücksichtslosen Ellenbogengesellschaft hin zu einer echten Solidargemeinschaft, die allen Kindern Chancengleichheit bietet.

Gute Schulen bauen!



Aufgrund der eklatanten Mängel im Duisburger Schulbereich hat sich das Bündnis „Gute Schulen neu bauen!“, bestehend aus der Elternschaft Duisburger Schulen, der Gewerkschaft GEW und allen Duisburger Schulleitungen gegründet. Deren Forderungspapier wollen wir an dieser Stelle veröffentlichen:

Rapider Anstieg der Schülerzahlen – Kein ausreichender Schulraum vorhanden

Die Geburtenzahlen in Duisburg steigen rapide an. 2012 wurden 4.052 Kinder in Duisburg geboren, 2017 waren es schon 5.021. Tausend Kinder mehr in 5 Jahren bedeutet eine Steigerung um 25%.

Diese Kinder werden in den kommenden Jahren nach und nach schulpflichtig. Sie kommen zunächst in die Grundschulen und gehen von dort auf die weiterführenden Schulen. Die Zahlen der zugewanderten Kinder sind noch gar nicht eingerechnet. Deutlich absehbar ist heute: Die Kapazitäten an den Duisburger Schulen reichen bei weitem nicht aus, um all diesen Kindern einen Schulplatz anzubieten.

Die Stadt Duisburg hat in den vergangenen Jahren zahlreiche Schulen geschlossen, da mit einem Schülerrückgang gerechnet wurde. Seit mindestens drei Jahren ist absehbar, dass der Trend gegenläufig ist und die Schülerzahlen steigen. Aktuell reagiert die Stadt Duisburg mit immer größeren Klassen in stark veralteten Gebäuden, der Aufstellung von Containern an Schulen, der Gründung von Dependancen durch Wiederinbetriebnahme stillgelegter Schulgebäude, der Doppelnutzung von Räumen für Unterricht und Betreuung sowie der Erhöhung der Zügigkeit (bis zu 5-zügiger Grundschule und 7-zügiger Gesamtschule). Zudem konnte eine Beschulung an vielen Standorten nur durch eine deutliche Erhöhung der Klassenfrequenzen über den vom Land vorgegebenen Klassenfrequenzrichtwert sichergestellt werden. All diese Maßnahmen sind pädagogisch fragwürdig. Sie sind im wahrsten Sinne des Wortes eine billige Lösung.

Gute zukunftsfähige Schulen sind – kleine Schulen (an Grundschulen in der Regel bis maximal 3 Züge, an weiterführenden Schulen bis maximal 6 Züge), – Schulen, die Differenzierungsmöglichkeiten für eine immer heterogenere Schülerschaft bieten, – Schulen, die auch räumlich eine för-

derliche Umgebung für Gemeinsames Lernen (Inklusion) ermöglichen, – Förderschulen, die den jeweiligen Förderschwerpunkten entsprechend räumlich sinnvoll ausgestattet sind und den wachsenden Schülerzahlen entsprechend erweitert werden, – Schulen, die dem wachsenden Bedarf nach Ganztagsplätzen gerecht werden. Die meisten Duisburger Schulen sind für die pädagogischen Bedürfnisse des vergangenen 20. Jahrhunderts gebaut und werden heutigen Anforderungen nicht gerecht.

Notwendig wäre deshalb der Bau neuer Schulen: 1.000 Kinder mehr bedeuten 40 Züge mehr, das sind 10-20 neue Grundschulen und 6-10 neue Schulen im S-I-Bereich.

Neue Schulbauten bieten zahlreiche Möglichkeiten: – Optimale Raumkonzepte, die auf Heterogenität und die schulischen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte angemessen reagieren – Schul- und Klassengrößen, die sich an pädagogischen Erkenntnissen orientieren – Besonders gute Projekte vor allem in sozial benachteiligten Stadtteilen – Räume für Unterricht, Differenzierung, Inklusion, Betreuung u.v.m.

Unsere Forderungen gehen an die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung der Stadt Duisburg und des Landes Nordrhein-Westfalen: Benötigt werden Konzepte für eine qualitative Schulentwicklung, die den Neubau von Grund- und weiterführenden Schulen in die Planung und Umsetzung aufnimmt (Stadt) und dies mit entsprechenden Finanzmitteln absichert (Land).

Die Weichen für die Zukunft werden jetzt gestellt. Die bestmögliche Bildung von Kindern und Jugendlichen muss im Zentrum stehen. Ohne den Bau zahlreicher neuer Schulen hat Bildung in Duisburg keine Zukunft.

Gastbeitrag
Bündnis "Gute Schulen neu bauen"

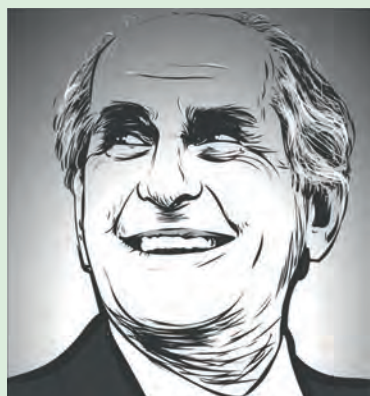




Binali Demir
Ratsmitglied, DIE LINKE Duisburg

Fakir-Baykurt-Preis an Diana Amiryán

■ DIE LINKE hat 2011 die Schaffung des Fakir-Baykurt-Preises initiiert, der 2018 zum dritten Mal verliehen wurde. Der mit 2.500 Euro dotierte Preis wird für herausragende kulturelle Leistungen im Bereich des interkulturellen Dialogs an Duisburger Kulturschaffende verliehen.



Fakir Baykurt

Der potentielle Empfängerkreis besteht aus Personen, die sich insbesondere für das positive Miteinander verschiedener Nationen im Kulturbereich einsetzen.

DIE LINKE freut sich ganz besonders, dass der Preis im Jahr 2018 an Diana Amiryán gegangen ist. Frau Amiryán ist eine armenisch stämmige Musikpädagogin und Opernsängerin, die sich insbesondere die pädagogische Arbeit mit Menschen aus den verschiedensten Nationen auf die Fahne geschrieben hat.

Neben der klassischen musikalischen Ausbildungen ist es für Frau Amiryán insbesondere wichtig, den Schülerinnen und Schülern die verbindende Funktion der Musik über Sprachgrenzen hinweg zu vermitteln. Diana Amiryán ist neben ihrer Tätigkeit in ihrer Musikschule auch häufig zu Gast in Schulen und Vereinen und arbeitet dort vor Ort an der Verbesserung des interkulturellen Dialogs.

Vor dem Hintergrund des eindrucksvollen Lebenslaufes und der preisgekrönten Arbeit von Frau Amiryán war es für die Ratsfraktion DIE LINKE eine besondere Ehre, dass wir Frau Amiryán Ende Januar als musikalischen Höhepunkt auf dem diesjährigen Neujahrsempfang präsentieren durften.

Rückblick und Ausblick



Rainer Rensmann
Geschäftsführer der Ratsfraktion
DIE LINKE Duisburg

■ Beim Blick zurück auf das Jahr 2018 gab es durchaus erfreuliche Entwicklungen in Duisburg. Zu nennen sei hier die Senkung der Arbeitslosenzahlen oder der nicht vorhersehbare Kauf des Krieger-Geländes durch die Gebag. Ebenso ist zu erwähnen, dass die Stadt zum vierten Mal in Folge einen Haushaltsüberschuss erzielen konnte.

Gleichwohl bleibt festzuhalten, dass sich Duisburg weiterhin in einer äußerst schwierigen Situation befindet. Die soziale Spaltung in der Stadt nimmt weiterhin zu, die Armut stagniert auf hohem Niveau und die Verschuldung der privaten Haushalte ist auch im Jahr 2018 mit 17,2 % auf einen neuen Höchststand geklettert.

Hinzu kommt die mangelhafte Personalsituation in der Stadtverwaltung, die die Stadt in vielen Bereichen an den Rand der Handlungsfähigkeit bringt sowie der nicht mehr zu bewältigende Investitionsrückstand.

Die vorrangige Fokussierung von Stadtpolitik auf Leuchtturmprojekte wie 6-Seen-Wedau, Angerbogen oder Mercatorquartier löst weder das Verschuldungsproblem Duisburgs noch trägt es dazu bei, die Segregation und soziale Benachteiligung großer Teile der Duisburger Bevölkerung aufzuhalten. Es ist im Gegenteil davon auszugehen, dass diese Projekte die soziale Ungleichheit zwischen den Stadtteilen weiter vergrößern werden.

Im vergangenen Jahr hat unsere Fraktion wieder eine Vielzahl von Initiativen in den Ausschüssen und dem Rat eingebracht, die teils erfolgreich waren, oftmals jedoch mit den Mehrheiten von SPD und CDU abgelehnt wurden.

Kommunalfinanzen

Die finanzielle Lage der Stadt ist trotz einer deutlichen Reduzierung der Kassenkredite in den vergangenen vier Jahren um 300 Millionen Euro auf aktuell 1,5 Mrd. Euro weiterhin dramatisch. Auf die verhängnisvollen Folgen der durch die Bezirksregierung verordneten kommunalen Austeritätspolitik haben wir nicht zuletzt im Rahmen der Haushaltsdebatte immer wieder hingewiesen. Die schwarze Null ist teuer erkauft. Sie geht zu Lasten der Investitionen und der städtischen Leistungen.



Seit Jahren lebt die Stadt von der Substanz. Aufgrund fehlender Investitionen verfällt die Infrastruktur, Straßen sind mit Schlaglöchern übersät, Brücken sind nur eingeschränkt nutzbar oder müssen gesperrt werden, öffentliche Gebäude sind marode.

Auch im Jahr 2019 wird die Linksfraktion vehement auf die Unterfinanzierung der Stadt hinweisen und für eine auskömmliche Finanzausstattung und eine nachhaltige Haushaltspolitik eintreten. Gerade vor dem Hintergrund einer sich abkühlenden Konjunktur ist es drängender denn je, dass Bund und Land endlich einen Entschuldungsfonds auf den Weg bringen, die Kommunen mit hohen Sozialkosten entlasten und zukünftig strikt auf die Einhaltung des Konnexitätsprinzips achten.

Personalsituation

Aus Sicht der Beschäftigten in der Stadtverwaltung muss festgehalten werden, dass 2018 ein rabenschwarzes Jahr war. Kaum ein Monat verging, an dem nicht über die katastrophalen Zustände in der Verwaltung von den Medien berichtet wurde. Geschlossene Stadtteilbibliotheken, tumultartige Zustände beim Straßenverkehrsamt, stundenlange Wartezeiten bei der Ausländerbehörde, Unerreichbarkeit des Callcenters, verheerende Situation beim IMD - die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Eine spürbare und nachhaltige Verbesserung der Personalsituation, die die Voraussetzung für eine bürgernahe und qualitätsorientierte Verwaltung ist, kann nur durch die externe Besetzung aller unbesetzten Stellen erreicht werden. Aus diesem Grund hat unsere Fraktion im vergangenen Jahr einen eigenen Antrag einge-

bracht, der die externe Besetzung von 100 weiteren Stellen vorsah, der zu unserem Bedauern von den anderen Fraktionen abgelehnt wurde. Nichtsdestotrotz wird DIE LINKE auch in 2019 weiter auf die externe Besetzung der vielen

unbesetzten Stellen in der Verwaltung drängen.

Wohnen

Der Wohnungsbericht der Stadt Duisburg weist darauf hin, dass die Mieten in Duisburg steigen und der Bestand der Sozialwohnungen weiterhin drastisch sinkt und ungleich im Stadtgebiet verteilt ist. In Duisburg hat sich die Anzahl der Sozialwohnungen zwischen Ende 2008 und Ende 2016 um 33,5 % reduziert. Die NRW.Bank prognostiziert einen weiteren Rückgang bis 2030 um 31,5 %.

Durch die ungleiche Verteilung der Sozialwohnungen und die Diskriminierung einiger Bevölkerungsgruppen auf dem Wohnungsmarkt ist preiswertes Wohnen nur noch in einigen wenigen Stadtteilen möglich, was zu einer sozialen Spaltung der Stadt führt.

DIE LINKE fordert daher deutlich mehr öffentlichen Wohnungsbau und mehr soziale Belegungsrechte, die Stärkung der öffentlichen Wohnungsgesellschaften und Genossenschaften, bezahlbare und angemessene Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen und entsprechende Regelungen für die Kosten der Unterkunft sowie mehr barrierefreien Wohnraum. Wir werden auch im Jahr 2019 weiter an der Umsetzung einer flexibel gehaltenen Quote von 20-30 % für geförderten Wohnungsbau bei Neubauprojekten arbeiten.

Bildung

DIE LINKE hat im Jahr 2018 die Schulpolitik in den Fokus der politischen Arbeit gerückt. Im September des vergangenen Jahres hat die Linksfraktion eine hochkarätig besetzte Veranstaltung unter dem Motto „Schule neu denken“ durchgeführt. Etliche der dort angesprochenen Themen sind nun in den öffentlichen Diskurs gelangt und es scheint sich endlich etwas in der Duisburger Politik und Stadtgesellschaft zu bewegen.

Die Situation der Schulen in Duisburg ist allerdings nach wie vor kläglich, sodass DIE LINKE auch in 2019 weiter Druck ausüben wird.

Es ist unakzeptabel, dass eine solch massive Anzahl an Lehrstellen unbesetzt bleibt. Dies wirkt sich fatal auf die Qualität des Unterrichts aus und belastet insbesondere die Duisburger Brennpunkte. Die Anreize für LehrerInnen nach Duisburg zu kommen müssen deutlich erhöht werden.

Insgesamt müssen die sozialen Brennpunkte in jeglichen schulischen Bereichen besonders gefördert werden. Es bedarf einer deutlichen Ausweitung des Ganztagsangebotes mit Mittagessen sowie neue Schulbauten insbesondere in Marxloh und in Hochfeld.

Vor dem Hintergrund der deutlich steigenden Geburtenzahlen, der Zuwanderung und der Rückkehr zu G 9 geht es allerdings nicht nur um eine stärkere Unterstützung des Bildungssektors in den Brennpunkten, sondern alle Bezirke müssen beleuchtet werden und entsprechend muss über neue Schulgründungen in allen Bezirken gesprochen werden.

Armutsbekämpfung

Neben der stetig wachsenden Altersarmut sind die Kinder diejenigen, die besonders unter der grassierenden Armut leiden. Mittlerweile lebt in Duisburg fast jedes dritte Kind in einer Familie, die auf Hartz IV-Leistungen angewiesen und damit besonders von Armut betroffen ist. In einzelnen Stadtteilen lebt jedes zweite Kind in Armut.

Aus diesem Grund hat DIE LINKE im vergangenen Jahr den Fokus auf die Bekämpfung der Kinderarmut gesetzt und wird dies im Jahr 2019 fortführen. Es ist der Linksfraktion gelungen im Sozialausschuss eine Mehrheit für einen sogenannten „Runden Tisch Kinderarmut – für Chancengleichheit“ zu erlangen. Die Einberufung eines Runden Tisches unter Beteiligung von Vertretern wie den Wohlfahrtsverbänden, den Schulen, den Sportverbänden, dem Jobcenter, den Fraktionen usw., bietet den geeigneten Rahmen, um Möglichkeiten und Handlungsoptionen zu prüfen und Handlungsempfehlungen zur Linderung der Folgen von Kinderarmut zu erarbeiten. Insbesondere die aktuellen Förderprogramme und Gesetzesänderungen von Bund und Land („Gute Kita“ und Reform des KiBiZ) sollten in Duisburg dazu genutzt werden die guten und bewährten Projekte im Kinder- und Jugendbereich auszubauen und zu verstetigen.

Neben den Aktivitäten zur Bekämpfung der Kinderarmut geht es allerdings auch darum aufzuzeigen, dass eine echte Armutsbekämpfung nur über eine Abkehr von dem gescheiterten Hartz-IV System möglich ist. DIE LINKE appelliert daher weiter an die Bundesebene die Armut per Gesetz zu unterbinden und Hartz-IV endlich abzuschaffen.

Umwelt

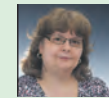
In Duisburg wurde der Themenkomplex Umwelt schon immer stiefmütterlich behandelt. Seit der Umstrukturierung der Dezernate scheint er aber gänzlich in Bedeutungslosigkeit für die Stadtspitze gefallen zu sein.

Doch es regt sich Widerstand in der Bevölkerung: Das Thema Baumschutzsatzung, das wir immer wieder angesprochen haben, ist entgegen der Hoffnungen von SPD und CDU nicht in Vergessenheit geraten und eines der präsentesten in der Bevölkerung. Auch wir werden weiter Druck machen, damit die für eine Industriestadt wie Duisburg so wichtigen Bäume wieder geschützt werden.

Währenddessen arbeitet die Stadtverwaltung an einer Alleensatzung, die es erleichtern soll ganze Straßenzüge zu entbaumen. Wir halten mit unserer nachhaltigen Alleensatzung dagegen und fordern, dass die Ziele des Straßenbaumkonzeptes (jedes Jahr 1% mehr Straßenbäume) endlich eingehalten wird (die Ziele wurden jeweils nur zur Hälfte eingehalten).

Auch in unserer Region ist der Insektenbestand um erschreckende 75% zurückgegangen (Messstelle Krefeld am Rhein). Unsere Vorschläge, die in anderen Städten bereits umgesetzt werden, zum Bienenschutz (bienenfreundliches Straßenbegleitgrün, Hummelautobahnen etc.) wurde leider abgelehnt.

Ein weiteres Thema, dem wir uns bereits angenommen haben und weiter verfolgen werden, ist die Feinstaubbelastung. Nach einer verfrühten Entwarnung wird nun wieder deutlich, dass Feinstäube und Stickoxide für Duisburg ein wichtiges Thema bleiben.



Carmen Hornung-Jahn
Rat sfrau DIE LINKE Duisburg

Straßenbau- beiträge

■ **DIE LINKE bringt in die nächste Ratssitzung eine Resolution ein, die dafür sorgen soll, dass die Landesregierung die Straßenbaubeiträge für Anlieger abschafft. Straßen zu bauen oder diese wieder instand zu setzen, ist eine klassische Aufgabe der öffentlichen Hand. Ausgaben für den Straßenbau müssen grundsätzlich steuerfinanziert sein und nicht über Straßenbaubeiträge realisiert werden.**

Die Erhebung eben dieser Beiträge ist zutiefst unsozial. Anlieger die von teils horrenden Beiträgen betroffen sind, sehen oftmals keine Möglichkeit die anstehenden Beiträge zu zahlen. Allein in 2016 gab es in Duisburg 147 Widersprüche und 13 Klagen gegen die Bescheide der Stadt Duisburg. Immer mehr Bundesländer schaffen die Straßenbaubeiträge ab und auch in NRW mehrten sich die Stimmen gegen die Beiträge. So gibt es eine Unterschriftenaktion des Bundes der Steuerzahler gegen die Straßenbaubeiträge die schon von mehr als 250.000 Menschen unterzeichnet wurde.

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Landesregierung für 2019 mit einem Haushaltsüberschuss plant und die Gesamtsumme der Straßenbaubeiträge, die von den Anliegern zu entrichten ist, im Verhältnis zum Gesamthaushalt des Landes niedrig ist (In Duisburg beliehen sich die Einnahmen in 2017 bspw. auf 900.000€), muss das Land die Beiträge übernehmen und die Bürgerinnen und Bürger vor Ort entlasten.



Neujahrsempfang



Rainer Rensmann
Geschäftsführer der Ratsfraktion
DIE LINKE Duisburg

■ **Auch in diesem Jahr hat die Ratsfraktion DIE LINKE Duisburg wieder einen gelungenen Neujahrsempfang abgehalten. Zum dritten Mal hintereinander durften wir wieder in den Räumlichkeiten des Kleinen Prinzen feiern. Zusammen mit ca. einhundert geladenen Gästen, die dem eisigen Wetter trotzten, hat die Fraktionsvorsitzende Martina Ammann-Hilberath einen Rückblick auf das Jahr 2018 durchgeführt und einen Ausblick auf die Aktivitäten im Jahr 2019 gewagt.**

Ammann-Hilberath machte deutlich, dass nicht alles schlecht war in

2018. So ist neben der gesunkenen Arbeitslosigkeit auch der Ankauf des Krieger-Geländes durch die Gebag ganz im Sinne der langjährigen Forderungen der Linksfraktion. Aber auch die nach wie vor großen Probleme hat DIE LINKE angesprochen. Die immer noch hohe Verschuldung der Stadt, die wachsende Armut – insbesondere bei den Kindern-, die katastrophale Schulsituation und die teilweise unzumutbaren Arbeitsbedingungen mit Befristung, Leiharbeit und schlecht bezahlter Teilzeit, wurden von Ammann-Hilberath thematisiert.

Musikalisch wurde der Neujahrsempfang durch Diana Amiryman, der aktuellen Fakir Baykurt Preisträgerin, begleitet. Frau Amiryman hat mit einem sehr vielfältigen Programm die Anwesenden begeistert.

Hauptredner des Abends war Thomas Keuer, Bezirksgeschäftsführer von ver.di Duisburg-Niederrhein. Keuer erklärte, dass für die Beschäftigten der Stadtverwaltung das Jahr 2018 ein rabenschwarzes Jahr war. Er machte deutlich, was sich ver.di für die Zukunft wünscht und welche Ansprüche ver.di an die Stadtverwaltung stellt. Hauptforderung von Thomas Keuer war das Ende der Sparpolitik der Stadtverwaltung. Thomas Keuer machte deutlich, dass die Situation in der Verwaltung für die Beschäftigten teilweise nicht mehr tragbar sei. Ein Paradebeispiel ist das Straßenverkehrsamt mit den unsäglichen Zuständen sowohl für die Kunden als auch für das Personal. Keuer zeigte auf: „Eine funktionierende Verwaltung gibt es nicht zum Nulltarif. Digitalisierung, Bürgerbeteiligung

und Dienstleistungen sind ohne Personal undenkbar. Doch ohne Moos nichts los.“ Ähnlich wie in Hessen sollte es auch in NRW einen Altschuldenfond geben, so die Forderung von ver.di. Für die vielen wichtigen Aufgaben einer Stadt, wie den ÖPNV, brauche es finanzielle Mittel. Eine weitere Sparpolitik sei daher keine Alternative.

Im Anschluss an die Redebeiträge nutzten wir die Möglichkeit uns ange-regt mit den anwesenden Gästen auszutauschen und neue Ideen für das politische Jahr 2019 zu sammeln.



Neujahrsempfang 2019 im "Kleinen Prinzen"

Sicherheitsveranstaltung



Christian Flanhardt
Geschäftsstelle der Ratsfraktion
DIE LINKE Duisburg

■ **Sicherheit im öffentlichen wie privaten Raum ist ein Thema, das uns alle bewegt. Der Bereich Kriminalität wird seit einigen Jahren in Deutschland heiß diskutiert. Bei immer mehr Menschen steigt die Verunsicherung und gewisse Teile der Bevölkerung fühlen sich zunehmend bedroht. Vor allen vom Duisburger Norden wird vielfach ein Bild gezeichnet, wonach die Stadtteile von Kriminalität und Verwahrlosung geprägt seien.**

Daher hat DIE LINKE es sich zur Aufgabe gemacht mit den interessierten Bürgerinnen und Bürgern, im Rahmen einer Veranstaltung im Ratskeller Hamborn, über die Sicherheit im Duisburger Norden zu sprechen. Wir sind der Frage nachgegangen,

ob die Sicherheitslage wirklich so bedrohlich ist, wie sie oftmals von den BürgerInnen wahrgenommen und in den Medien dargestellt wird.

Um sich dem Thema zu nähern, haben wir eine Podiumsdiskussion mit Siegfried Lantermann (Leiter der Polizeiinspektion Nord), Arno Suhr (Sozialarbeiter) und Carmen Hornung-Jahn (Mitglied im Rat der Stadt Duisburg für Die LINKE.) durchgeführt.

Herr Lantermann hat anhand aktueller Statistiken zu Einbrüchen, Diebstählen und anderen Delikten im Duisburger Norden sehr anschaulich herausgearbeitet, dass die Kriminalität rückläufig ist. Darüber hinaus hat er aus seiner langjährigen Praxiserfahrung berichtet und dargestellt, welches die drängendsten Probleme der Polizeiarbeit sind.

Arno Suhr konnte mit seiner weitreichenden Erfahrung als Sozialarbeiter

und Bewährungshelfer anschaulich darstellen, dass es über vielfältige Präventions- aber auch Integrationsprojekte möglich ist, die Situation vor Ort zu verbessern und Menschen davor zu bewahren, kriminell zu werden bzw. wieder rückfällig zu werden. Suhr stellte insbesondere die wichtige Aufgabe der frühestmöglichen Bildung und der Schaffung einer Zukunftsperspektive in den Vordergrund.

Carmen Hornung-Jahn bot Erklärungsansätze aus Perspektive der Linksfraktion. Carmen Hornung-Jahn machte deutlich, dass sowohl die reißerische Medienberichterstattung, wie auch die Hetze rechte Gruppierungen eine Mitschuld an der zunehmenden Kriminalitätsfurcht haben. Außerdem seien gesamtgesellschaftliche Fehlentwicklungen ein Hauptgrund für die gestiegene subjektive Unsicherheit. Das Auseinanderklaffen der objektiven Kriminalität und der gefühlten Sicherheit sei Aus-

druck einer allgemeinen diffusen Verunsicherung.

Die Ursachen liegen in gesamtgesellschaftlichen und strukturellen Entwicklungen wie der Globalisierung, der weltweiten Migration, finanzwirtschaftlichen Risiken oder Umweltproblemen. Befristete Arbeitsverhältnisse, Niedriglöhne, drohende Altersarmut, die Einführung von Hartz-IV etc. verstärken Zukunfts- und Existenzängste. Diffuse Existenz- und Zukunftsängste verlagern sich hier auf den Aspekt der Kriminalität und werden damit greifbarer. Die Angst vor Kriminalität bildet hier eine Art Projektionsfläche.